

# freigeist



## Arbeit

### Besteuert mich!

Erbin Marlene Engelhorn

### Margarete Schörl

Rainer Wisiak

### Lernorte: Schulzentrum in Gloggnitz

Franz Josef Gaugg

### Spielen IST Arbeit Die frühe Bildung muss gestärkt werden

von Raphaela Keller



**Themenschwerpunkt: Arbeit**

Wir müssen Arbeit neu bewerten .....4  
 Spielen IST Arbeit .....8  
 Wirtschaften im Zeichen des Gemeinwohls... 13  
 Das Rich Kid, dass die Klappe aufreißt..... 15  
 Fritzante..... 17  
 Arbeit hat einen schlechten Ruf..... 18  
 In Memoriam Frithjof Bergmann .....20  
 Spielräume .....24  
 Portrait Margarete Schörl.....25  
**Notiz am Rande.....29**  
 Portrait Mostviertler Montessori Schule.....30  
 Mitte.....32  
 there is a crack .....34  
 Sammeln, Tauschen, Ordnen .....38  
 The Hoopoe Summit .....40  
 Kinderseiten .....42  
**Aus der lernwerkstatt..... 44**  
 Christines Erinnerungsbankerl..... 46  
 Zu dem Ja sagen, was ist .....50  
 begleiter\*innen Steckbrief.....54  
 Buchtipp .....55  
 Ich will mit Menschen zu tun haben! .....56  
 Und was macht sie jetzt weiter?.....57  
 Veranstaltungen .....58  
 Buchtipp/Inserate.....59  
 Abo/Impressum.....63

Medieninhaber und Herausgeber:  
 Verein „Mit Kindern wachsen“  
 Initiative für aktives und offenes Lernen  
 Josef Trauttmansdorff-Straße 10  
 A-3140 Pottenbrunn  
 (ZVR 690476130)  
 Tel. +43 (0)2742/43550  
 info@lernwerkstatt.at  
 www.lernwerkstatt.at  
 redaktion@freigeist.online  
 www.freigeist.online

Wollen Sie einen Beitrag zum Betrieb und zur Vielfalt dieser innovativen elternfinanzierten Schule leisten? Bankverbindung: Sparkasse Herzogenburg, BIC: SPHEAT21  
 IBAN: AT 382021900000022996



**„Spielen IST Arbeit  
 Die frühe Bildung muss  
 gestärkt werden“**

Sehr rasch wird alles, was Kinder tun, als „nur spielen“, quasi als sinnentleerter Zeitvertreib, bewertet. Dass das nicht so ist wird in diesem Artikel von **Raphaella Keller** aufgezeigt

> SEITE 8



Rainer Wisiak beschäftigt sich in seiner Serie **Reformpädagogische Impulse** diesmal mit dem Thema „Kindergartenpädagogik“ und porträtiert **Margarete Schörl (1912-1991)**

> SEITE 25



Franz Josef Gaugg zeigt uns in **there is a crack ...** das neue Schulzentrum in Gloggnitz

> SEITE 34

**Liebe Freigeist Leserinnen und Leser!**

Heute beginne ich mit dem Zitat eines libanesisch-US-amerikanischen Dichters, Philosophen und Malers – Khalil Gibran.

„Arbeit ist sichtbar gemachte Liebe. Und wenn ihr nicht mit Liebe, sondern nur mit Unlust arbeiten könnt, dann ist es besser, eure Arbeit zu verlassen und euch ans Tor des Tempels zu setzen, um Almosen zu erbitten von denen, die mit Freude arbeiten.“

In diesem Satz steckt so viel Wahrheit! Wir verbringen mit, bzw. in unserer täglichen Arbeit fast unsere ganze Lebenszeit und wenn wir unsere Arbeit nicht mit Liebe oder Freude verrichten, was bleibt uns dann noch von unserem Leben? Etwa die überzahlte Markenkleidung – die unter lebensverachtenden Umständen produziert wird – oder das neueste europäische Automodell – welches sowieso nicht mehr in Deutschland, Österreich oder Schweden produziert wird, sondern in China.

In den meisten Teilen der Welt wird Arbeit nach Produktivität und finanzieller Entlohnung bewertet, aber nicht nach der Freude, die sie dem Menschen, der sie verrichtet, bereitet.

Die Klinge eines japanischen Schwertes – auch Katana genannt – wurde in der Regel etwa dreitausend mal gefaltet, bevor es endgültig in Form gebracht wurde. Dies bedeutete Stunden über Stunden händische Arbeit an einem einzigen Stück – und die Namen dieser Schmiede sind bis heute in Erinnerung. Warum? Weil sie ihre Arbeit mit Liebe getan haben und diese dadurch zur Perfektion gebracht haben. Ist das für unsere industriell geprägte und schnelllebige Zeit überhaupt wünschenswert? Diese Frage muss sich jeder bzw. jede selbst beantworten.

In den folgenden Artikeln werden nun verschiedene Aspekte der Arbeit beleuchtet, wie zum Beispiel aus der Sicht eines Architekten, einer Pädagogin aus der Spielwerkstatt, einer Begleiterin der Lernwerkstatt und vielen mehr. Sie alle werden nun die werten Leserinnen und Leser auf eine Reise in die Vielfalt der Aspekte „Arbeit“ mitnehmen. Viel Freude mit dieser wunderbaren **freigeist** Ausgabe wünscht euch im Namen der Redaktion

*Katharina Schic-Weltin*

Katharina Schic-Weltin



# Wir müssen Arbeit neu bewerten

Interview von Fritz Schandl mit Veronika Bohrn Mena



Veronika Bohrn Mena hat in vielen Jahren politischen Engagements und Arbeit als Gewerkschafterin konkreten Einblick in Arbeitsverhältnisse in Österreich gewonnen. In ihren beiden Büchern „Die neue ArbeiterInnenklasse“ (2018) und „Leistungsklasse“ (2020) gab sie Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen und Lebenssituationen eine Stimme. Ende 2021 legte sie gemeinsam mit ihrem Mann Sebastian Bohrn Mena mit dem Buch „Konzerne an die Kette!“ eine detaillierte Analyse vor, unter welchen Bedingungen einige Artikel unseres täglichen Gebrauchs entstehen. Ich treffe Frau Bohrn Mena am Telefon zu einem Gespräch über Arbeit, Konzerne und den Wunsch nach Wandel. „Es ist bei mir kein Geheimnis, dass ich relativ weit links stehe“, sagt sie.

Frau Bohrn Mena, Sie haben sich 10 Jahre lang als Gewerkschafterin mit prekärer Arbeit beschäftigt, haben 2 Bücher dazu geschrieben, nun sind Sie Gründerin und Vorsitzende der Gemeinwohlstiftung

Común. Hat sich Ihr Fokus verlegt? Wofür brennen Sie?

Mein Fokus war und ist: Menschen müssen von Arbeit leben können. Arbeit ist die einzige Möglichkeit für uns alle, uns unabhängig von der Geburtslotterie selbständig, autonom, frei und selbstbestimmt erhalten zu können. Daher muss der Arbeitsmarkt so gestaltet sein, dass wir alle sinnvoll daran teilnehmen und gut davon leben können. Mit meinen beiden ersten Büchern habe ich klargestellt, es gibt einen immer größer werdenden Teil Menschen, die sich permanent zwischen Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit bewegen und von der eigenen Arbeit nicht mehr leben können. Jetzt gilt es zu benennen, wer die Verantwortlichen sind. Da kommt man zwangsläufig zu Konzernen, die international agieren.

Bleiben wir vorerst in Österreich. Sie kritisieren in der „ArbeiterInnenklasse“ speziell Gesetzesänderungen, die von der schwarz-blauen Koalition gemacht

wurden, Stichwort flexible Arbeitszeiten, Stichwort Scheinselbständigkeit. Nun ist diese Koalition Geschichte, dafür kam Corona. Was hat sich geändert?

Die Situation hat sich wesentlich verschärft. In der polit-medialen Diskussion geht es quasi nur noch um Corona und Skandale, sachpolitische Themen gibt es in Österreich seit ein paar Jahren nicht mehr. Das liegt am populistischen Agieren der Politik, natürlich auch an der Pandemie und auch an der Rolle der Medien. Dass sich die Lage während der Pandemie für viele Menschen so verschlimmert hat, hat damit zu tun, dass nicht auf die Interessen der Bevölkerung eingegangen worden ist. Das war schon vor der Krise so, und auch die ergriffene Krisenpolitik war nicht im Interesse der Beschäftigten, sondern ausschließlich im Interesse der Unternehmen.

Die Maßnahmen waren: Wir pumpen Geld in die sogenannte Wirtschaft, also die Unternehmen, in der Erwartung, dass die das an ihre Beschäftigten weitergeben. Das haben Unternehmen aber nicht gemacht.

„Wir müssen grundsätzlich darüber diskutieren, wie wir Arbeit neu bewerten.“

Veronika Bohrn Mena

„Wir können uns die Welt nicht glücklich kaufen. Über den individuellen Konsum werden wir strukturelle gesellschaftliche Probleme nicht lösen.“

Veronika Bohrn Mena

Im Gegenteil – sie haben sich die Corona-Hilfen eingesteckt, Beschäftigte, die normal weitergearbeitet haben, zu Kurzarbeit angemeldet, oder – noch schlimmer, Swarovski und Co haben es gezeigt – die Beschäftigten trotzdem gekündigt.

**Sie waren als Gewerkschafterin in Kollektivvertrags-Verhandlungen eingebunden. Wäre es besser, einen generellen Mindestlohn zu haben, wie es ihn in anderen Ländern gibt? In Deutschland liegt er zum Beispiel derzeit bei 9,82 Euro pro Stunde, das ist natürlich auch sehr knapp bemessen.**

Wenn wir über Mindestlöhne reden, sollten wir auch einmal darüber reden, wie viel Menschen maximal verdienen sollen. Es gibt Länder, die machen das bereits. Stellen wir uns vor, wir würden den Mindestlohn nicht anhand einer fiktiven Armutsgrenze definieren, sondern anhand des Maximallohnes. Zum Beispiel: Die oberste Gehaltsstufe darf maximal 20 mal so hoch sein wie die niedrigste. In Österreich verdient derzeit ein Manager im Durchschnitt 65 mal so viel wie die

Reinigungskraft. Das ist doch total bizarr. Niemand kann mir erklären, warum die Arbeit des Geschäftsführers 65 mal mehr wert sein sollte.

Würden wir sagen, der niedrigste Lohn darf höchstens 20 mal niedriger sein als der höchste, ist das noch lange nicht gesund, aber nicht mehr ganz so obszön. Dann muss der Geschäftsführer auf einen großen Teil seines Gehalts verzichten, oder die niedrigsten Gehälter anheben. Ich weiß, was er tun wird.

**Reden wir auch über Arbeitszeiten. Was wäre Ihr Idealbild? Wie viele Stunden sollte ein Mensch arbeiten, um sich damit gut erhalten zu können?**

In meiner Idealvorstellung sollten 30 Stunden pro Woche ausreichend sein und es sollte auch niemand länger arbeiten. Es ist nachweislich, da ist die Produktivität am höchsten, dann bauen wir alle ab. Wir können uns nur 6 Stunden am Tag konzentrieren. Ab der sechsten Stunde werden Fehler gemacht, es kommt zu Unfällen, Menschen werden krank. Das ist medizinisch hinreichend erforscht. >>

## Kurze Arbeitszeit, hohe Produktivität



\*durchschnittliche tatsächliche Arbeitszeit (Voll- und Teilzeit)  
Ohne Luxemburg. Arbeitsproduktivität geschätzt für Belgien, Estland, Polen, Portugal, sonstige EU-27-Länder keine Daten verfügbar; Quelle: Eurostat 2007 | © Hans Böckler Stiftung 2007

„Arbeit ist die einzige Möglichkeit für uns alle, uns unabhängig von der Geburtslotterie selbständig, autonom, frei und selbstbestimmt erhalten zu können.“

Veronika Bohrn Mena

**Gerade in Branchen wie der Pflege oder im Handel ist aber die Realität, Menschen arbeiten bis zum Anschlag und verdienen so, dass sie davon gerade einmal existieren können.**

Wir haben grundsätzlich ein Problem, wie wir Arbeit bewerten und daraus entsteht die Bezahlung. Wir bezahlen nach gesellschaftlicher Anerkennung, aber nicht nach Relevanz. Wir belohnen also Prestige und nicht Leistung.

Arbeit, die keinen besonderen Nutzen für die Gesellschaft hat, wird oft sehr, sehr gut bezahlt. Wenn zum Beispiel ein PR-Berater in der Pandemie 3-4 Wochen nicht arbeitet, juckt das nicht viele Menschen. Umgekehrt eine Pflegerin im Krankenhaus, wenn die eine Stunde nicht arbeitet, sterben Menschen. Und trotzdem wird diese Arbeit sehr schlecht bezahlt.

Wie wir jetzt Arbeit bewerten, ist nicht nur nicht fair und nicht gerecht, es ist auch gesellschaftlich destruktiv. Wir brauchen uns nicht wundern, warum es in Österreich 40.000 Menschen gibt, die eine Ausbildung zur Pflegefachkraft haben, aber in dem Beruf nicht mehr arbeiten wollen. Nicht weil sie den Beruf nicht gerne haben, sondern weil sie unter den gegebenen Bedingungen einfach nicht mehr können.

In der Pflege haben wir seit mindestens 15 Jahren ein Problem.

**Es ist doch auch der aktuelle Gesundheitsminister Mückstein mit der Ankündigung angetreten, die Pflegereform anzugehen. Nur, es passiert nichts.**

Es geht dabei rein ums Geld. Man müsste Geld freimachen oder zusätzliches Geld dafür einnehmen. Da gibt es jetzt zwei Möglichkeiten damit umzugehen. Wir haben die eine politische Seite, die seit über 30 Jahren durchgehend an der Macht ist, die sagt, na dann privatisieren wir halt. Das sind genau die, die gegen Erbschaftsteuer sind, die gegen Vermögenssteuer sind, die gleichzeitig die Unternehmenssteuern reduzieren.

Auf der anderen Seite sind die, die einen vernunftorientierten Zugang hätten, die sagen, o.k., Pflege ist etwas, das wir alle einmal brauchen, das ist Teil der öffentlichen Infrastruktur. Diejenigen, die genau wissen, wenn wir mit der ÖVP koalieren, kriegen wir dafür kein Geld.

Dann passiert das, was 2011 bei der letzten Reform gemacht worden ist, man wälzt das Ganze auf extrem unterbezahlte Arbeiterinnen aus dem Ausland ab. Es wurde extra ein Gesetz geschaffen, das es ermöglicht, Pflegerinnen nur 3 Euro in der Stunde zu bezahlen. Das ist zutiefst menschenverachtend!

**Es stimmen also schon die gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht. Das kann man beklagen, aber das Ziel ist doch, es zu ändern. Wie kommen wir dorthin?**

Dadurch, dass sich Machtverhältnisse ändern. Solange Menschen an der Macht sind, die nicht im Interesse der Bevölkerung agieren, sondern im Interesse von Wahlkampfspendern, und das ist nicht populistisch gesagt, sondern evident, ändert sich nichts.

Vielleicht braucht es die Zuspitzung, gerade in der Pflege kommen wir zu dem Punkt, wo es so stark an Personal mangelt, wo das Problem so massiv und offensichtlich wird, dass man handeln muss.

**Brauchen wir erst einen Zusammenbruch?**

Man würde so einen Zusammenbruch nicht brauchen, wenn man Grundlegendes ändert.

Wenn man die Presseförderung in Österreich sinnvoll organisiert und Medien dementsprechend wieder anders berichten können.

Wenn man unser Bildungssystem ändert, sich an den Stärken der Kinder orientiert und nicht an deren Defiziten.

Wir bemessen nur gewisse Erfolge, die wir als prestigeträchtig erachten, das beginnt schon bei den Kindern und hört bei der Arbeit auf.

Wir haben als Gesellschaft ein Problem mit unseren Werten. Das führt dazu, dass wir Arbeit so bewerten, wie wir es tun, nämlich genau falsch. Das führt auch dazu, wie wir mit unseren Kindern umgehen, wie wir mit unserer Umwelt umgehen, wie wir mit der Wirtschaft umgehen. Das ist der Grund, warum ich jetzt mehr in die Breite gehe, weil ich die Ursachen-Debatte anstoßen möchte. Das eine ist zu sehen – ich habe ein Problem, das andere ist zu sagen – so bekomme ich es in den Griff.

„Wenn man daran interessiert ist, dass es der Mehrheit der Menschen gut geht, dann muss man für ein Lieferkettengesetz sein, dann muss man für höhere Löhne sein, dann muss man für bessere Arbeitsbedingungen sein, dann muss man für kürzere Arbeitszeiten sein.“

Veronika Bohrn Mena

**Darauf soll doch auch ein Lieferkettengesetz hinzielen. Wir telefonieren zum Beispiel gerade am Handy. Das haben wir doch nur deshalb, weil wir akzeptieren, dass Menschen in anderen Ländern zu Bedingungen arbeiten, die wir selbst nie akzeptieren würden.**

Ich glaube nicht, dass wir das Handy nur deswegen haben, weil wir andere Menschen ausbeuten. Ich glaube, dass die Konzerne, die die Handys herstellen, nur deswegen so obszön hohe Gewinne mit ihren Handys machen, weil sie andere Menschen ausbeuten.

Man kann Dinge genauso produzieren, ohne Menschen auszubeuten, die Gewinnspanne wäre nur niedriger.

**Für ein Lieferkettengesetz liegt nun seit einem Jahr ein Volksbegehren auf. Da passiert aber nichts damit.**

Genau, das ist natürlich nicht besonders sinnvoll. Es gibt da nur einen ganz kurzen Text dazu, der auf unterschiedliche Weisen interpretiert werden kann. Ich traue mich nicht zu sagen: „Unterschreibt das“, wenn ich nicht weiß, was bei den Forderungen dabei herauskommt.

**Die online-Petition „Menschenrechte brauchen Gesetze“ hat auch erst etwa 8.500 Unterschriften.**

Das ist leider sehr wenig. Obwohl es seit fast einem Jahr läuft. Nicht gut!

**Wie planen Sie? Haben Sie vor, auch in Richtung Volksbegehren zu gehen?**

Ich halte das bei dem Thema für den falschen Zugang. Das hat erst Sinn, wenn jeder Mensch auf der Straße weiß, worum es bei dem Gesetz geht und deshalb auch dafür ist. Man muss vorher schauen, dass man das Thema bekannt macht, dass man erklärt: Was ist das Lieferkettengesetz? Worum geht es da?

Wir als Initiative haben gesagt, wir machen das jetzt einmal mindestens 3 Jahre. Was wir machen, ist, das Thema medial präsent zu machen und Druck auf diejenigen auszuüben, die es verhindern. Auf EU-Ebene wird es kommen, es gibt einen Mehrheitsbeschluss. Die Frage ist: in welcher Form? Wie stark wird das Gesetz? Wie sinnvoll wird es umgesetzt?

In 2-3 Jahren sind wir dann hoffentlich so weit, in Richtung Massenmobilisierung gehen zu können.

**Wo liegen denn unsere individuellen Möglichkeiten, selbst mit anderen Arbeiter\*innen solidarisch zu sein? Zum Beispiel, möglichst nur Fair-Trade zu kaufen, oder Paketdienste zu meiden?**

Natürlich soll man das tun, wenn man privilegiert genug ist, es sich leisten zu können. Wir können uns die Welt aber nicht glücklich kaufen. Über den individuellen Konsum werden wir strukturelle gesellschaftliche Probleme nicht lösen. Das ist ein Abwälzen der Verantwortung. Schauen wir den Lebensmittelbereich an: Was in den Supermarkt kommt, entscheiden in Österreich drei, vier Handelskonzerne und nicht wir und unsere Nachfrage. Die Marktmacht ist da so extrem konzentriert, da haben wir mit unseren Konsumentenscheidungen überhaupt keinen Einfluss.

Was ich für viel wichtiger halte, ist, dass wir in unserem Einflusskreis Menschen dazu bringen nachzudenken, warum es so ist, wie es ist, gemeinsam Ursachenforschung zu betreiben und Menschen zu politisieren.

Wir sollten Menschen klar machen, sie sind politische Akteurinnen, sie sind Bürgerinnen, haben ein Wahlrecht, können sich politisch einbringen. Man muss auf politischer Ebene etwas verändern. Ich würde mir wünschen, dass wir anfangen, auch mit unseren Nachbarn über diese Themen zu sprechen, statt dass wir über das Wetter reden oder was wir zu Mittag gegessen haben. Menschen lassen sich mit Abstand am meisten von ihrem direkten Umfeld beeinflussen.

Nehmen wir an, es lesen jetzt 250 Menschen diesen freigeist-Artikel, diese 250 Menschen reden mit 5 Leuten in ihrem Umfeld und die reden dann auch wieder mit 5 Menschen aus ihrem Umfeld, dann haben wir einen ganz schönen Schneeballeffekt. Das ist, was wichtig ist.

**Welche Gedanken möchten Sie uns noch mitgeben?**

Es ist wichtig, dass wir uns auf die Hinterfüße stellen. Es ist wichtig, dass wir beginnen unseren Unmut kundzutun, darüber reden, was schief läuft und dass wir das so nicht mehr wollen. Wir sollten unsere Werte als Gesellschaft neu diskutieren. Es ist vollkommen egal, ob man das aus einem religiösen, ethischen, sozialen Standpunkt heraus

betrachtet oder aus einem politischen, unser Wertekompass als Gesellschaft stimmt nicht.

Wenn man daran interessiert ist, dass es der Mehrheit der Menschen gut geht, dann muss man für ein Lieferkettengesetz sein, dann muss man für höhere Löhne sein, dann muss man für bessere Arbeitsbedingungen sein, dann muss man für kürzere Arbeitszeiten sein. Dann muss man natürlich auch schauen, dass die Steuerlast im Land anders verteilt wird. Jetzt zahlen diejenigen, die am wenigsten haben, die meisten Steuern, das ist nicht nur nicht sinnvoll, das ist auch nicht gerecht.

**Das war ein schönes Schlussplädoyer, vielen Dank für das Gespräch! 🍷**



**Veronika Bohrn Mena** Arbeitsmarktexpertin, Autorin, gelernte Fotografin, 10 Jahre Tätigkeit im Gewerkschaftsbund GPA. Vorsitzende der Gemeinwohlstiftung Común, Sprecherin der Bürger\*innen-Initiative Lieferkettengesetz [www.gemeinwohlstiftung.at](http://www.gemeinwohlstiftung.at)



**Fritz Schandl** ist Vater eines erwachsenen Sohns und zweier Kinder, welche die Lernwerkstatt besuchen. Er unterrichtet in einer Volksschule.

# Spielen IST Arbeit

## Die frühe Bildung muss gestärkt werden

von Raphaela Keller



Sehr rasch wird alles, was Kinder tun, als „nur spielen“, quasi als sinnleerer Zeitvertreib, bewertet. Dass das nicht so ist, setzt sich nur sehr langsam ins Bewusstsein der Gesellschaft. Da können Expert\*innen aus der Praxis und der Wissenschaft – zeitweise seit Jahrhunderten – noch so viel argumentieren, „spielen“ liegt im landläufigen Wert unter „lernen“.

### Warum ist das so?

Statt „nur gespielt“ muss es „super, du spielst!“ heißen. Kinder eignen sich durch Spielen die Welt an. Sie schöpfen ihr Potential aus, sie entdecken ihren Körper, ihren Geist, Zusammenhänge, Physik, Mathematik ebenso wie Farbenlehre und/oder Naturkunde. Das fängt bei Säuglingen und Kleinkindern an, die zuerst durch

den Mund und später mit den Händen die Welt „begreifen“ lernen. Das ist anstrengend für die Jüngsten, das kostet körperliche und geistige Energie. Körper und Geist brauchen daher auch viel mehr Erholung/Schlaf/Ruhezeiten. In unserer Gesellschaft zählen Kraft und Produktivität als wichtigste Merkmale der Arbeitsbewertung. Menschen, die zeitig arbeiten, die ihre Körperkraft (am Hochofen) einsetzen, die lange arbeiten, die mit Finanzen zu tun haben, usw. werden als Vorbilder und wirklich wichtig betrachtet. Bei Gehaltsverhandlungen schneiden Metaller\*innen immer besser ab als z.B. Handelsangestellte oder Mitarbeiter\*innen der Bildungsorte. In keinem der gut bezahlten Berufe wird gespielt, also ist das für das Ganze – offenbar – nicht wichtig.

Kluge Konzerne sind da schon am Verändern: es gibt Ruheräume, Spielbereiche, Sportgelegenheiten im Betrieb. Das hebt Stimmung und Motivation der Mitarbeiter\*innen.

So soll es auch sein: der große Wert des Spielens, egal ob allein oder mit anderen, beeinflusst unser Wohlbefinden, lässt uns lernen, entspannen, Reaktionen üben, Emotionen kennenlernen und damit umgehen, Regeln einhalten oder (gemeinsam) verändern, Potential erweitern, Wissen aneignen, usw.

### Doch warum wird das nur von wenigen und spät erkannt?

Dass Kinder in den Elementaren Bildungseinrichtungen (EB) spielen, ist allgemein bekannt und akzeptiert. Dass damit ein großer Effekt verbunden ist, wird von zu

„In unserer Gesellschaft zählen Kraft und Produktivität als wichtigste Merkmale der Arbeitsbewertung.“

Raphaela Keller

„Kinder eignen sich durch Spielen die Welt an.“

Raphaela Keller

wenigen anerkannt. In Krippe/Kindergarten und Hort ist nicht alles rein „liebes“ Beschäftigen, damit der Tag vergeht – Kinder und Pädagog\*innen spielen/arbeiten den ganzen Tag – leider nicht immer mit Unterstützung von Assistenzkräften – im Sinne der elementaren Bildung für die Bildungschancen der Jüngsten.

### Rahmenbedingungen sind das Ausschlaggebende der Bildungssituation

Wie lernen wir Erwachsene, zum Beispiel, am besten eine Fremdsprache? Sicher mit native speaker, in kleinen Gruppen, mit der richtigen Dosis von Lern- und Regenerationszeit. Bleiben wir beim Spracherlernen – in Österreich deutsch – und bei Kindern.

Diese haben in den EB die oben genannten förderlichen Bedingungen nicht! Zu viele Kinder in der Gruppe, das bedeutet zumeist: Lärm, zu wenig ungeteilte Aufmerksamkeit der/des Pädagogin/en, kaum Ruhe für Begegnungen und somit Lernen von anderen Kindern, wenige echte Rückzugsbereiche zum Regenerieren, ... Pädagog\*innen bereiten mit ihrer Bildungsarbeit Impulse für jedes Kind vor, die es bei seinen Bildungsschritten unterstützen sollen. Die „spielerische“ Art ist Bedingung und Vorteil für das Agieren mit (nicht nur!) jungen Kindern. Diese Planungen enthalten nicht „bloß“ das konkrete Vorgehen beim Kind, sondern ebenso Raumplanung, Zeitgestaltung, Jahreskreislauf, Umfeldberücksichtigung, Kooperationen mit Eltern/Psycholog\*innen/Sonderpädagog\*innen, Weiterbildung, usw. Jedes pädagogische Tun ist auf die kompetenten Beobachtungsergebnisse der/des Pädagogin/en gestützt – das Kind und dessen Fähigkeiten, Entwicklungsphase, soziale Situation, Bildungshintergrund und allgemeiner psychischer sowie physischer momentaner Status. Wohl wissend, dass alles ein Prozess ist, der sich stündlich, täglich, jederzeit ändern kann. Dann muss sie/er wieder neu reagieren und planen... Das sich in einander verzahnende Beobachten, Planen und Reflektieren sind Grundlage der elementaren Bildungsarbeit mit dem Kind. Dieser Ansatzpunkt findet sich ebenso in der Elternarbeit wieder. Nur in der Kooperation mit den Erziehungsberechtigten kann es die besten Bildungsbedingungen für die Kinder geben!

### Was braucht es für den verspielten Bildungsweg?

Der Wert von einem außerfamiliären „Kümmern“ um Kinder wird in einschlägigen Kreisen schon recht lange erkannt, haben doch auch helle Köpfe aus Österreich dazu beigetragen, dass „Kindergarten“ ein internationaler Begriff für die Förderung junger Kinder ist. Heutzutage haben wir in unserem kleinen Land mit 9 Bundesländern doch tatsächlich 9 – zum Teil sehr unterschiedliche – Gesetze, die den Elementaren Bildungsbereich regeln! Denkmuster wie „Frauen und junge Kinder gehören zusammen!“ oder „Die Kinder sollen so lang wie möglich nur in der Familie sein!“ oder „Wenn die Öffnungszeiten nicht passen, müssen die Mütter ja nicht arbeiten gehen!“ und sogar „Der Ernst des Lebens beginnt doch erst in der Schule!“ prägen die Richtlinien der Landestexte.

Dass Kinder prinzipiell alle von außerfamiliären Bildungsimpulsen – noch dazu durch qualifizierte MitarbeiterInnen – profitieren können, dass in den letzten 20-30 Jahren einige wissenschaftliche Disziplinen den Blick auf kindliche Entwicklung stark erweitern lassen, dass sich die Gesellschaft und somit das kindliche Leben extrem verändert haben, dass Kinder viel mehr Einflüssen von außen ausgesetzt sind, usw. – lässt offenbar Entscheidungstragende unbeeinflusst.

### Und der Bund spielt nicht mit?

Seit Jahrzehnten fordert die elementarpädagogische Community ein BundesRahmenGesetz für den Elementaren Bildungsbereich, verankert im Bildungsministerium. Einige fertige Konzepte vergammeln dort seit 1999 in irgendwelchen Laden. Manchmal schaut es so aus, als ob sich doch PolitikerInnen etwas trauen würden! Nach viel, viel Einsatz von Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis auf verschiedenen Ebenen – meist von kompetenten Medien gestärkt – „scheint“ ein Damm gebrochen zu sein. Es gibt 15a-Vereinbarungen von Bund und Bundesländern (der Bund sind Bildungs- und Familienministerium in den jeweiligen Bezeichnungen) z.B. zu Ausbau oder Sprachförderung. „Scheint“ deshalb, weil diese Maßnahmen zur Retourkutsche werden, weil sich die Länder das Geld zu den Bedingungen nicht abholen und dann >>

„Nur in der Kooperation mit den Erziehungsberechtigten kann es die besten Bildungsbedingungen für die Kinder geben.“

Raphaella Keller



eben diese Maßnahmen nicht getroffen werden ... Studienlehrgänge für Elementarpädagogik wurden ebenso von Wissenden „durchgesetzt“, das Bildungsministerium ist zwar zuständig, reformiert aber nicht ... Der „Bundesländerübergreifende BildungsrahmenPlan für elementare Bildungseinrichtungen in Österreich (BRP)“ war eine Sensation, denn ERSTMALS waren 2009 alle Bundesländer so weit, dass sie – mit wissenschaftlicher Begleitung des Charlotte Bühler Institutes für praxisorientierte Kleinkindforschung – etwas Gemeinsames für den Elementaren Bildungsbereich gestalteten! Es wurde erkannt, dass das, was in den EB passiert BILDUNG ist! Leider ist der BRP nur verpflichtend, wenn Förderungen gekoppelt sind.

#### Wer spielt warum und wie dieses Spiel mit?

Leidtragende an der österreichischen Situation sind an sich alle Beteiligten der EB: Kinder, Pädagog\*innen, Assistenzkräfte, Eltern. Die Kinder haben nicht die Bildungsbedingungen, die sie brauchen (siehe oben). Pädagog\*innen haben keine Arbeitsbedingungen, die für die Erfüllung des Bildungsauftrages notwendig sind: zu viele Kinder pro Gruppe, zumeist allein mit den Kindern, spärlich fixe kinderdienstfreie Zeiten für Planung/Reflexion (von 0 bis 10 Std in den Gesetzen), Elterngespräche

und interdisziplinäre Kontakte sowie Teamarbeit, kaum Reservepädagog\*innen, „flexible“ (nicht verlässliche) Dienstpläne, geringes Gehalt, fehlenden Respekt und fehlende Anerkennung durch „die“ Politik, Supervision und Weiterbildung nach Gutdünken des Landes, je nach Anstellungsart verschiedene gewerkschaftliche Vertretung, usw. usw. Assistenzkräfte sind noch immer kein Beruf, haben österreichweit verschiedene Bezeichnungen und Aufgaben (vom Reinigen über Gartenbetreuung bis zum Kinderdienst), werden höchstens von Träger\*innen/Ländern intern „ausgebildet“, sind zu wenig in der Gruppe (weswegen sie diese Arbeit angenommen haben), werden von der Politik noch mehr missachtet, usw. usw. Eltern haben mit den – auch wegen des Mangels an Pädagog\*innen starren – Öffnungszeiten (Tag/Jahr) eine große Herausforderung, wollen für ihr Kind die besten Chancen, haben oft Druck von außen (Rabenmutter), kennen zu oft Angst vor Jobverlust (Kind kommt krank in die EB), sind von den Gesprächen mit den Pädagog\*innen manchmal überfordert (auch zeitmäßig), werden von der Gemeinde manchmal als Kund\*innen und manchmal als Bittsteller\*innen behandelt, usw. usw.

#### So kann kein Spiel gelingen ...

Kinder brauchen die besten Bedingungen in jedem Augenblick, denn jeder

Lebensmoment ist für das Kind Lebens-Bildungszeit!

Österreich muss weg von der „Massenkindehaltung“ einerseits und der Sichtweise auf Pädagog\*innen und Assistent\*innen als „Wunderwuzzis“, die alles ertragen sollen, weil sie Kinder halt so lieb finden! Eltern sind ebenso gefordert, sich für Reformen einzusetzen. Es geht um ihr Kind, dessen Zukunft und daher braucht es fachkundige Menschen in den EB, die mit Wissen, Freude und Kraft mit dem Kind arbeiten, es nicht verschulen und sich auch um die eigene Gesundheit kümmern (können ...).

Gesetzgeber\*innen müssen wahrnehmen, dass die 5jährige Ausbildungsform keinen Effekt mehr hat und es daher mehr höchste Qualifikationsformen für Erwachsene braucht.

Der Bund hat tatkräftig zu erkennen, dass aus Spiel totaler Ernst geworden ist: es braucht Initiativen, die die vielen ausgebildeten Pädagog\*innen wieder in den Beruf bringen und Aktivitäten, die es den (noch) vorhandenen Pädagog\*innen ermöglichen, im Beruf zu bleiben.

Seit vielen Jahren kommen nach der 5jährigen Ausbildung in der BAFEP (Bildungsanstalt für Elementarpädagogik) – die mit 14 Jahren begonnen wird – nur 20%-50% in den Beruf. Es zeigt sich, dass die Entscheidung für diesen verantwortungsvollen Beruf mit 13 Jahren viel zu früh erfolgen muss, denn zu diesem Zeitpunkt will eben nur „mit Kindern lieb gespielt und gebastelt“ werden, was bald ganz anders aussieht. Die Schüler\*innen befinden sich bis zum Abschluss der Ausbildung mit 19 Jahren in einer Phase, in der Weichen für die persönliche Entwicklung gestellt werden – „Pubertät“. Die gleichzeitige Berufsausbildung und die Matura zu absolvieren, ist extrem fordernd für die Jugendlichen, sie müssen nicht nur viel lernen, sondern müssen Forschende, Vorbilder, Elternberatende und Teammitglieder sein. Die Hospitationen zeigen die schweren Bedingungen, Theorie und Praxis werden zu oft nicht als kompatibel erlebt, Frust manifestiert sich, der Einstieg in die Arbeit wird vermieden. Viele Pädagog\*innen bleiben maximal 4 Jahre, um so im Anschluss ein Selbsterhalter\*innen-Stipendium nützen zu können. Es zeigt sich, dass

„Seit Jahrzehnten fordert die elementarpädagogische Community ein BundesRahmenGesetz für den Elementaren Bildungsbereich, verankert im Bildungsministerium.“

Raphaella Keller

Elementarpädagog\*innen gerne Primärpädagogik, Psychologie, Bildungswissenschaft und ähnliche Zweige nach der Basisausbildung studieren. Die Ausbildung für Elementarpädagog\*innen kann auch in Kollegs, die zumeist den BAFEP angeschlossen sind, absolviert werden. Vorteile auch für das Berufsfeld sind, dass sich Erwachsene (18-45 Jahre) bewusst durch ihre Lebenserfahrungen für diesen Weg entscheiden, dass die Ausbildung berufsbegleitet abläuft (Personalstand!) und diese Pädagog\*innen zu 80%-100% in den EB bleiben.

Grundlegendes Studium gibt es, trotz jahrzehntelanger Forderungen aus Praxis und Wissenschaft, immer noch nicht in Österreich. 2010 wurde der einzige Lehrstuhl für Frühkindpädagogik in Graz eingerichtet, er blieb der einzige. Doch mit dieser Installation kam Bewegung in Unis, FHs und PHs: in Salzburg, Wien und Innsbruck wurden Lehrgänge für Elementarpädagogik zur speziellen Qualifizierung von Elementarpädagog\*innen

in Leitungsfunktion eingerichtet. Mit großen Erfolgen und Effekten, denn die Studierenden bekamen Zugang zu wissenschaftlichem Arbeiten sowie zur Stärkung des Selbstwertgefühls. Viele Träger\*innen unterstützen nach wie vor Mitarbeiter\*innen beim Studium, da diese Pädagog\*innen durch einen Perspektivenwechsel auf die Bildungsarbeit motiviert(er) im Beruf bleiben und am Entwickeln kind- und bildungsgemäßer Konzepte interessiert sind.

Schon seit 1992 gibt es – nicht „nur“ vom ÖDKH – massiv und fachlich fundiert Forderungen an das Bildungsministerium, endlich die Ausbildung radikal zu verändern! Wir fordern eine gemeinsame Basisausbildung von 4 Semestern ALLER Pädagog\*innen ALLER Bildungsorte (von der Krippe bis zur AHS) nach der Matura und im Anschluss ein Modulsystem zur Spezialisierung und zum leichteren Umstieg. Auf ähnlichem Weg, ohne Matura, sollen Assistent\*innen für den Bereich Krippe bis Geriatrie ausgebildet werden. Vor allem aufgrund der Machtstruktur

in Österreich ist der Bildungsbereich reformresistent: die Bundesländer bestimmen. Höhere Qualifikation für Elementarpädagog\*innen ist – je nach aktueller Antwort – zu teuer im Betrieb und/oder nicht nötig, da „Für junge Kinder genügt eine Frau mit großem Herz und geschickten Händen“ (Originalaussage Gemeindevorstandpräsident Mödlhammer, ca 2000).

Seit Jahrzehnten wird vor allem aus der Praxis vor dem, nun seit einigen Jahren dominierenden, Pädagog\*innenmangel wegen der Rahmenbedingungen gewarnt. Statt einen verlässlichen, zukunftsorientierten Etappenplan zur Verbesserung der Situation in den EB Österreichs zu etablieren, wird der Ausbau von Plätzen gefordert und finanziell gestützt. Doch wer wird die pädagogische Arbeit dort machen? Schon jetzt steht nicht mehr in jeder Gruppe zumindest eine/ ein Elementarpädagog\*in/e! Auch Absolvent\*innen der relativen neuen Ausbildung zur pädagogischen Assistenz >>



müssen Gruppen führen, anstatt – wie das Konzept es vorgesehen hat – als Zweite das pädagogische Geschehen zu unterstützen. Erschreckend sind Pläne von einzelnen Bundesländern, die in Schmalspur Menschen „qualifizieren“ wollen/werden, um Gruppenführende zu bekommen anstatt z.B mehr Gehalt zu zahlen.

Die Mitglieder des ÖDKH-Österreichischer Berufsverband der Kindergarten- und HortpädagogInnen in elementaren und sekundären Bildungseinrichtungen (1994-2020) haben sich für diese bundesweiten – wissenschaftlich untermauerten – Forderungen stark gemacht:

- Im Gruppenraum anwesende 2 Pädagog\*innen mit maximal 15 Kindern
- Bzw. maximal 3 Kinder pro Pädagog/ in/en bei besonderen Bedürfnissen
- 4m<sup>2</sup> pro Person (nicht nur pro Kind) im Gruppenraum
- BundesRahmenGesetz mit den besten Mindeststandards für alle Beteiligten der EB

- BILDUNGseinrichtung anstatt BE-TREUUNGseinrichtung
- Die gemeinsame Basis-Ausbildung aller Pädagog\*innen – aller Bildungsorte für Kinder und Jugendliche jeden Alters – auf tertiärer Ebene

Ja, das heißt, dass in die EB viel mehr investiert werden muss – finanziell und ideell. Rasch, innovativ sowie nachhaltig.

WIR WOLLEN SPIELEND LERNEN, MACHT ES MÖGLICH! 🍀



**Raphaela Keller**  
Bildungsaktivistin  
Elementarer Bildungsbereich, bis 2019  
Steuerteammitglied von „Plattform Edu-Care“, Mitbegründerin u. Vorsitzende ÖDKH (Österr. Dachverband d. Berufsgruppen d. Kindergarten- und HortpädagogInnen)

## Themenschwerpunkt > Arbeit

„Die Pädagog\*innen haben keine Arbeitsbedingungen, die für die Erfüllung des Bildungsauftrages notwendig sind.“

Raphaela Keller

„Bundesländerübergreifende1 BildungsRahmenPlan für elementare Bildungseinrichtungen in Österreich (BRP)“  
<https://www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/bef/sb/bildungsrahmenplan.html>



Forderungen und Arbeitsweise des ÖDKH-Österreichischer Berufsverband der Kindergarten- und HortpädagogInnen in elementaren und sekundären Bildungseinrichtungen (1994-2020) sind hier recherchierbar:  
<https://www.rakeller.eu/>



März 2010 „Erster österreichischer Lehrstuhl für Frühkindpädagogik“  
<https://www.derstandard.at/story/1267132323160/uni-graz-erster-oesterreichischer-lehrstuhl-fuer-fruehkindpaedagogik>



Fotos: Spielwerkstatt Pottenbrunn



## Wirtschaften im Zeichen des Gemeinwohls



**Die Bewegung der Gemeinwohl-Ökonomie hat sich seit 2010 von Österreich, Bayern und Südtirol auf 30 Staaten ausgebreitet. Immer mehr Unternehmen, Kommunen und Bildungseinrichtungen beteiligen sich. Kann die GWÖ das Wirtschaftsmodell der Zukunft werden?**

Nicht nur die Demonstrierenden an Fridays for Future wünschen eine Änderung der aktuellen Wirtschaftsweise. Eine Umfrage der Bertelsmann-Stiftung ergab, dass 88 Prozent der Menschen in Deutschland und 90 Prozent in Österreich eine „neue Wirtschaftsordnung“ wünschen. Die Gemeinwohl-Ökonomie ist ein innovatives Wirtschaftsmodell, das seit 2010 international Resonanz erzeugt. Die tragenden Säulen der Gemeinwohl-Ökonomie sind dabei nicht „neu“, sondern zeitlose Ziele und Verfassungswerte. Die bayrische Verfassung besagt: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl.“ (Art. 151) Das deutsche (Anm. d. Autors) Grundgesetz sieht vor, dass „Eigentum verpflichtet“ und „sein Gebrauch zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen soll“ (Art. 14).

### Gemeinwohlprodukt und Gemeinwohlbilanz

Das Gemeinwohlziel wird aber heute in der realen Wirtschaft nicht gemessen. Es fehlen die geeigneten Erfolgsparameter. Heute bilden das Bruttoninlandsprodukt (Volkswirtschaft), der Finanzgewinn

(Unternehmen) und die Finanzrendite (Investition) die zentralen Erfolgsmaßstäbe. Sie messen jedoch nur die Verfügbarkeit der Mittel und können daher gar nichts Verlässliches über die Zielerreichung aussagen. Künftig könnte ein „Gemeinwohl-Produkt“, das sich zum Beispiel aus Indikatoren für Gesundheit, Wohlbefinden, Bildung, Teilhabe, sozialen Zusammenhalt, ökologische Stabilität, Sicherheit und Friede zusammensetzt, direkt die Zielerreichung und damit den „Erfolg“ einer Volkswirtschaft messen. Das Gemeinwohl-Produkt könnte direkt von der Bevölkerung, etwa in Bürger\*innenräten, komponiert werden.

Analog dazu wird der Erfolg eines Unternehmens mit einer „Gemeinwohl-Bilanz“ gemessen. Diese misst, wie sich Unternehmen in Bezug auf die Ziele Klima- und Artenschutz, menschenwürdige Arbeitsbedingungen, sozialer Zusammenhalt und Verteilungsgerechtigkeit, Beziehungsqualität und Geschlechterverhältnis verhalten. Jedes Unternehmen kann maximal 1000 Punkte erreichen. Je besser das Ergebnis der Gemeinwohl-Bilanz eines Unternehmens, desto niedrigere Steuern, Zölle, Zinsen zahlt es, oder es erhält Vorrang beim öffentlichen Einkauf. Mithilfe dieser Anreize werden die ethischen Produkte preisgünstiger als die unethischen. Die „Gesetze“ des Marktes würden mit den Werten der Gesellschaft übereinstimmen.

### Für Groß und Klein

Die Gemeinwohlbilanzierung ist grundsätzlich für Unternehmen jeder Größe und Branche geeignet, denn die ethischen Grundsatzfragen sind überall dieselben: Wie human sind die Arbeitsbedingungen, welche Umweltauswirkungen gibt es, wie werden Zulieferer und Kund\*innen behandelt, wie wird verteilt und wie entschieden? Die Gemeinwohl-Bilanz ist die ethische Schwester der Finanzbilanz: Analog zu letzterer sollen alle (größeren) Unternehmen gemeinwohlbilanzpflichtig werden, nach einem einheitlichen gesetzlichen Berichtsstandard, und das extern geprüfte Ergebnis soll Rechtsfolgen haben. Aktuell ziehen die größten Unternehmen noch weniger ehrgeizige Instrumente wie den Global Compact oder den DNK vor – sie haben diese Wahl! Zwar ist die GWÖ-Bewegung mit einigen der größten Unternehmen Deutschlands im Gespräch, darunter REWE, BOSCH und die Otto-Group, aber bisher hat kein Weltkonzern den Sprung zur Gemeinwohl-Bilanz gewagt – hingegen finden sich unter den 500 Bilanzpionieren zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen wie die Sparda Bank München, VAUDE, Sonnentor, elobau, Herzogsägmühle, die Stuttgarter Entwässerung, die Samariter-Stiftung, die Fachhochschule Burgenland, Prior1 oder WBS Training Berlin. Die Verschärfung der EU-Richtlinie über nichtfinanzielle Berichterstattung könnte hier eine Änderung bringen und auch die Großunternehmen stärker in die Berichtspflicht nehmen – ganz im Sinne von Artikel 14 des Grundgesetzes.

### Stand der Bewegung

Neun Jahre nach dem Start in Österreich, Bayern und Südtirol hat sich die Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung auf 30 Staaten ausgebreitet. Allein in Deutschland sind 63 Regionalgruppen entstanden, insgesamt unterstützen 2800 Unternehmen die Bewegung. Zehn nationale Vereine von Schweden bis Chile gründeten 2018 den Internationalen Verband. Aktuell machen sich immer mehr Gemeinden und Städte auf den Weg zur Gemeinwohl-Gemeinde. Stuttgart hat zwei Kommunalbetriebe bilanziert, Mannheim folgt gerade mit vier Betrieben. Steinheim und Brakel in Ostwestfalen sind die ersten Gemeinwohl-Städte. Großes Interesse herrscht >>

Fotos: pixabay.com



auch an Schulen, Hochschulen und Universitäten. An der Universität Valencia wurde ein Lehrstuhl für Gemeinwohl-Ökonomie eingerichtet, in Österreich ist ein Lehrgang Angewandte Gemeinwohl-Ökonomie 2018 gestartet. Bisher haben fünf Landesregierungen – Salzburg, Baden-Württemberg, Hessen, Bremen und Valencia – die Gemeinwohl-Ökonomie im Regierungsprogramm. Auf EU-Ebene hat der Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) eine Initiativstellungnahme zur Gemeinwohl-Ökonomie abgestimmt: 86% der Ausschuss-Mitglieder votierten für ihren Einbau in den Rechtsrahmen der EU und ihrer Mitgliedstaaten.

#### Wirtschaftsmodell der Zukunft?

Die Gemeinwohl-Ökonomie will bewusst ein zukunftsfähiges Wirtschaftsmodell



sein, weil sie auf ökologische Stabilität und sozialen Zusammenhalt baut. Dafür sorgen zum einen negative Rückkopplungen, die der Konzentration von Reichtum und Macht entgegenwirken. Zum anderen würden so genannte Ökologische Menschenrechte dafür sorgen, dass das globale Wirtschaften prinzipiell innerhalb der ökologischen Grenzen des Planeten stattfindet. Auch eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit, die Stärkung von öffentlichen und Gemeingütern, Ethischer Welthandel und die Vollgeld-Reform finden sich unter den Reformimpulsen.

Alle Vorschläge der Gemeinwohl-Ökonomie sollen in Bürger\*innenbeteiligungsprozessen diskutiert und entschieden werden, dafür wurden die „Demokratischen Wirtschaftskonventen“ entwickelt. Erste Versuche zeigen, dass die Bevölkerung die Ungleichheit bei Einkommen rund um den Faktor zehn (die höchsten Einkommen dürfen maximal das Zehnfache der Mindesteinkommen ausmachen) festlegen würde. Aktuell reicht die Ungleichheit in Deutschland bis zum Faktor 80.000, in den USA bis zum Faktor 350.000. Mithilfe „sovereäner Demokratie“ könnte auch die Zulassung systemrelevanter Banken, ihre Rettung mit Steuergeld, freier Kapitalverkehr in Steueroasen, die Fusion von Bayer mit Monsanto oder die Verlängerung von Glyphosat verhindern werden – die Wirtschaftsordnung demokratisch stärker legitimiert als heute.

#### Geeignet für große Volkswirtschaften?

Aufgrund ihres demokratischen Designs ist die Gemeinwohl-Ökonomie gerade für die größeren Volkswirtschaften wie Deutschland geeignet: Denn sie geht das Demokratieproblem und die Weiterentwicklung der Wirtschaftsordnung gemeinsam an. Je größer eine Volkswirtschaft, desto mächtiger ist der Einfluss wirtschaftlicher Interessensgruppen auf Regierung und Gesetzgebung. Wenn aber Grundpflöcke des Rechtsrahmens für Märkte von den Souveränen gesetzt werden, kann sich wirtschaftliche Macht nicht in demokratiegefährdendem Ausmaß konzentrieren. Die Bevölkerung würde Unternehmen sehr viel eher eine Größenschränke auferlegen als Parlamente, eine Obergrenze für die Bilanzsumme festlegen, die Eintragung ins Lobby-Register oder eine Gemeinwohl-Bilanz verpflichtend machen. Das würde die Wirtschaft stärker dem Ideal einer Sozialen Marktwirtschaft annähern, an der die GWÖ anknüpft und die sie fit für die Zukunft macht. Das gesellschaftsverändernde Potenzial der GWÖ ergibt sich nicht zuletzt daraus, dass sie alle wesentlichen Akteure der Gegenwartsgesellschaft – Unternehmen, Kommunen, Bildungseinrichtungen, kirchliche Organisationen – in Transformationsprozesse einbezieht. So kann die neue Wirtschaftsordnung langsam aus der bestehenden hervorzunehmen.

Christian Felber, 46, ist Autor zahlreicher Wirtschaftsbücher, internationaler Referent und Initiator der Gemeinwohl-Ökonomie sowie der Genossenschaft für Gemeinwohl in Österreich. Er lehrt an Hochschulen und Universitäten. Aktuell ist er Affiliate Scholar am IASS in Potsdam. Außerdem ist er zeitgenössischer Tänzer und Performer.

[www.ecogood.org](http://www.ecogood.org)  
[www.gemeinwohl.coop](http://www.gemeinwohl.coop)  
[www.christian-felber.at](http://www.christian-felber.at)



**Florian Eder** ist Pädagoge, Montessoriausbildung, lebt in Wien.

Fotos: pixabay.com

## „DAS RICH KID, DAS DIE KLAPPE AUFREISST“

Sophie Ströbitzer



**Marlene Engelhorn, Nachfahrin des BASF-Gründers Friedrich Engelhorn, wird bald einen Millionenbetrag erben. Doch Engelhorn ist damit nicht zufrieden, denn sie möchte besteuert werden – und zwar bald. Um ihren Forderungen Gehör zu verschaffen, gründete sie nun die Initiative Taxmenow.**

Für den Rest ihres Lebens müsste sich Marlene Engelhorn eigentlich keine Sorgen mehr machen, denn mit einem satten Erbe, das sie ihrer Großmutter Traudl Engelhorn zu verdanken hat, hätte sie ausgesorgt. Doch die Wienerin will sich damit nicht zufriedengeben – denn just die Tatsache, dass sie mit einem großen Erbe sorgenfrei leben kann, macht sie wütend: Das Steuersystem sei falsch strukturiert, große Vermögen müssten entsprechende Beiträge leisten, sagt sie – und weil diese Forderung von einer Millionenerbin in spe so revolutionär wirkt, ist die 29-Jährige seit Monaten in den Medien vertreten. Ein Sprung in die Vergangenheit: 1848 gerät Friedrich Engelhorns Goldwerkstatt in Schwierigkeiten. Er gründet im Alter

von 27 Jahren ein Gaswerk, später eine Anilinfarben-Fabrik und 1865 schließlich die Badische Anilin- und Soda-Fabrik, kurz BASF. Heute gilt das Unternehmen als größter Chemiekonzern der Welt; 2020 verzeichnete BASF einen Umsatz von fast 60 Milliarden €. Friedrich Engelhorn tritt 1883 aber aus dem Unternehmen aus und investiert sein Geld in das Pharmaunternehmen Boehringer Mannheim. Bis 1997 führt sein Enkel Curt das Unternehmen, bevor er die Boehringer-Mannheim-Gruppe um elf Milliarden US-\$ an den Schweizer Pharmakonzern Hoffmann-La Roche verkauft. Die Engelhorn-Familie ist reich – und damit auch Marlene Engelhorn.

In Wien wächst Engelhorn in einem „viel zu großen Haus“ auf, wie sie sagt, besucht einen privaten Kindergarten und eine Privatschule.

„Privileged Rich Kid, das war meine Kindheit“, erzählt sie. Vor zwei Jahren erfährt die Studentin dann, dass sie von ihrer Großmutter einen zweistelligen Millionenbetrag erben wird, und weiß erst einmal nicht, was sie damit anfangen soll.

Traudl Engelhorns Vermögen wird von Forbes auf 4,2 Milliarden US-\$ geschätzt. Marlene Engelhorn beginnt, Menschen in ihrem Umfeld um Rat zu fragen, berät sich mit Experten, aber auch mit Menschen, die ihr Erbe auf einer strukturellen Ebene kritisch betrachten. Marlene Engelhorn kommt zu dem Schluss, dass es nicht ihre Entscheidung sein sollte, was sie mit dem Geld ihrer Familie, für das sie nicht gearbeitet hat, anstellen soll – im Februar 2021 gründet Engelhorn gemeinsam mit anderen die AG Steuergerechtigkeit, welche seit Juni unter dem Namen Taxmenow läuft. Mit der Initiative sammelt Engelhorn Unterschriften für eine Petition zum Thema Steuergerechtigkeit. Momentan gibt es 44.000 Unterschriften, davon stammen 50 von Millionären. Die Initiative will dem Thema der ungleichen Vermögensverteilung in der Öffentlichkeit mehr Präsenz verleihen.

Laut Arbeiterkammer besitzt 1 % der Bevölkerung in Österreich 40 % des Vermögens im Land. Österreich liegt laut Household Finance and Consumption

Fotocredits: Lorena Sendic Silvera, Taxmenow/Ulrich Palzer



Im Februar 2021 gründete Engelhorn im Rahmen der Strategiewerkstatt der Bewegungsstiftung gemeinsam mit anderen die AG Steuergerechtigkeit.

Survey an vierter Stelle der Europäischen Union in Sachen ungleiche Vermögensverteilung. Seit 2008 gibt es hier- zulande keine Vermögenssteuern mehr, lediglich eine Grundsteuer auf Landbesitz von 0,2 %. Erbschaftssteuern machen in Österreich 0,5 % des Bruttoinlandsprodukts aus – im internationalen Vergleich liegt man damit weit zurück: In Deutschland machen Vermögenssteuern 1 % des BIP aus, in der Schweiz 2 %, in den USA und im Vereinigten Königreich sogar rund 4 %. Dabei könnten durch einen geringen Steuersatz bereits hohe Summen generiert werden – das zeigt eine Studie der Johannes-Kepler-Universität Linz: Würde man in Österreich einen Steuersatz von 1 % bei einem Freibetrag von einer Million € einführen – das heißt, bei einem Vermögen von 1,2 Millionen € würden 200.000 € zu 1 % besteuert werden –, könnte der Staat jährlich insgesamt vier Milliarden € einnehmen. In ihrem diesjährigen Wahlkampfprogramm schlug auch die SPD ein ähnliches System vor: Ab einem Freibetrag von zwei Millionen € soll ein Steuersatz von 1 % gelten. Das würde in Deutschland 15 bis 25 Milliarden € generieren. Ein bestimmtes Steuermodell schlägt die Initiative Taxmenow nicht vor. „Dann entscheiden ja wieder die Reichen, wie es läuft.“

Das haben wir ja bereits jetzt – und es läuft nicht“, sagt Engelhorn. Maßgeblich für eine Reform der Umverteilung wäre Transparenz, so die 29-Jährige. Wer hat wie viel Geld und wer hat wie viel Einfluss auf die Politik durch Parteispenden? Für realistisch hält Engelmann ihre Forderung allemal: Die Strukturen seien da, und auf verstimme Wähler könne man sich auch nicht ausreden. Laut einer 2020 durchgeführten Studie sprechen sich 64 % der Österreicher für Vermögenssteuern aus, 77 % bereitet die Schere zwischen Arm und Reich Sorgen. Obwohl Engelhorn von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung über den ORF bis zum ZDF mittlerweile in fast jedem deutschsprachigen Medium mit ihren Forderungen auftrat, will sie sich selbst eigentlich in den Hintergrund stellen. Über ihr Privatleben verliert sie ungern ein Wort; jede ihrer Antworten endet mit ihrem Anliegen, soziale Ungleichheit zu bekämpfen und die Vermögensverteilung umkrempeln zu wollen. Dennoch hätte Engelhorn Potenzial für eine öffentliche Rolle: Sie spricht gut – ihre Liebe zur Literatur zeigt sich nicht nur an dem gefüllten Bücherregal hinter ihrem Laptop, sondern auch in ihrer Wortwahl. In die Politik will die Studentin aber nicht gehen: „Wen würde ich denn dort repräsentieren? Noch mehr Rich Kids

im Parlament? Wir sind ja ohnehin schon überrepräsentiert“, sagt Engelhorn. Falls nicht rechtzeitig eine Vermögenssteuer eingeführt wird, will Engelhorn ihr Erbe umverteilen lassen – wie genau, weiß sie noch nicht. Ihr Plan sei aber weiterhin, das nicht entscheiden zu müssen. „Selbst wenn ich mein Geld an eine ganz besonders tolle Organisation gebe, ist das nicht die Lösung des Problems“, meint sie. Ein Unternehmen gründen, um „Gutes“ zu tun, wollte Engelhorn nie. „Ich sehe ja ein, dass man gerne durch Unternehmensgründungen und Start-up-Finanzierung die Probleme dieser Welt lösen will – am liebsten per App-Klick. Aber es braucht Strukturen. Die Klimakrise bekommen wir auch nicht weggeklickt.“

Auch in Zukunft will Engelhorn ihre mediale Präsenz nutzen, um den demokratischen Diskurs anzuheizen. Dabei sei ihr bewusst, dass man ihr nur zuhören, weil sie vermögend ist. „Es gäbe genug Leute, die zu diesem Thema etwas zu sagen hätten. Ich bin nur das Rich Kid, das die Klappe aufreißt.“ Und das möchte sie machen, solange die Öffentlichkeit sie brauche. „Wenn sie mich irgendwann nicht mehr braucht, ziehe ich mich auch wieder zurück – versprochen“, erklärt Engelhorn schmunzelnd.

## fritzante

ARBEIT JENSEITS VON MORAL

Von Fritz Schandl

Fiktives Gespräch um Arbeit, Geld und Macht:

In einem Wirtshaus, irgendwo zwischen dem deutschen Ruhrgebiet und dem steirischen Weiz flackert eine nackte Glühbirne über dem Holztisch. Floh de Cologne schlägt mit der Faust auf den Tisch und wettet: „Warum gehören die Fabriken nicht denen, die darin arbeiten?“ Frank Stronach setzt sich zu dem jungen Revoluzzer, legt ihm lächelnd den Arm um die Schulter und belehrt ihn: „Junger Mann, kennst du die Goldene Regel? – Wer das Gold hat, macht die Regeln!“

Da springt am Nebentisch wütend Karl Marx auf und ruft in die Runde: „Arbeiter aller Länder, vereinigt euch! Die Gesellschaft findet nun einmal nicht ihr Gleichgewicht, bis sie sich um die Sonne der Arbeit dreht!“

In der darauf folgenden Stille hört man Reinhard Mey, der resigniert in sein Weinglas starrt, murmeln: „Der Minister nimmt flüsternd den Bischof beim Arm: Halt du sie dumm – ich halt sie arm!“

\*\*\*

Bonustrack für alle mit Internetzugang:

<https://www.youtube.com/watch?v=ev4GZya5zgY?>

Dotakehr



Darf Geld arbeiten? Ich würde es ihm gerne verbieten. Geld ist kein Robin Hood. Es nimmt von den Armen und gibt den Reichen. So arbeitet Geld. Marianne Hainisch, unbeugsame Kämpferin für Frauenrechte und Gründerin des ersten Wiener Mädchengymnasiums, schrieb 1870 in ihr Tagebuch:

„Es wird mir immer klarer, dass die Börse das notwendigste Übel der Neuzeit ist, beinahe so sehr übel als der Krieg. In der Arbeit liegt der Wohlstand des Volkes, wenn sich die Arbeit zum Lohn, oder umgekehrt der Lohn zur Arbeit im richtigen Verhältnis verhält. Dann gedeiht der Einzelne und das Ganze. Ist denn das Handeln an der Börse auch Arbeit? Vielleicht. Gewiss ist aber hier das Wechselverhältnis zwischen Arbeit und Lohn nicht gesund. Ich habe unlängst den Palast eines Börsenkönigs betreten. Seit der Zeit verfolgt mich der Gedanke, die Börseneinrichtung, wie sie heute ist, als Geschwür anzusehen.“



\*\*\*

Wie kannst du dich fühlen, wenn deine Arbeit darin besteht, bei der Verstümmelung und Ermordung von Menschen auf der ganzen Welt mitzuhelfen?

Etwa 2.000 Menschen sind in Österreich in der Waffen- und Rüstungsindustrie beschäftigt und nein, nicht nur für Polizisten und Jäger. Der Lebensunterhalt wird zum Beispiel im Motorenwerk verdient, das Drohnen ausstattet. Österreichische Motoren für Drohnen, die in Armenien und Aserbeidschan töten oder der USA im Morden gegen den Terror dienen. Deutschland hatte im Jahr 2020 (offiziell) Rüstungsexporte im Wert von 6 Milliarden Euro, blutige Arbeitsplätze für 200.000 Menschen.

Ja verdammt, schaffen wir es, diese Menschen lieber dafür zu bezahlen, dass sie diese Arbeit NICHT machen?

\*\*\*

Unter der Spitze birgt der Eisberg seine Masse. Der Wahnsinn ist liebe Gewohnheit. Täglich ein Paket Werbeprospekte, reizvolle Werbebanner, nette Songs, lustige Spots, produziert von professionellen Verführern, die uns Bedürfnisse einpflanzen, die wir gar nicht hätten – aber so dann doch stillen wollen. Menschen produzieren und transportieren Tag für Tag in überbordendem Ausmaß Güter des scheinbaren Glücks. Der baldige Zweck ist Entsorgung, die Folge Vergiftung, Zerstörung und Vermüllung.

Wie viele Jobs könnten und sollten wir eigentlich einsparen, um gesünder und glücklicher zu sein!

1987 fand die bayrische Band Haindling auf ihrer Platte „Höhlenmalerei“ die treffenden Worte:

„Und sie sägten an den Ästen, auf denen sie saßen, und schrien sich ihre Erfahrungen zu, wie man besser sägen könne, und fuhren mit Krachen in die Tiefe. Und die ihnen zusahen beim Sägen, schüttelten die Köpfe und sägten kräftig weiter.“



**Fritz Schandl**

ist Vater eines erwachsenen Sohns und zweier Kinder, welche die Lernwerkstatt besuchen. Er unterrichtet in einer Volksschule.